

## Nationalbankgewinne für die AHV?

### Warum die Banken die KOSA-Initiative ablehnen

#### Ein Argumentarium der Schweizerischen Bankiervereinigung

##### IN A NUTSHELL

Der gesetzliche Auftrag und die Unabhängigkeit der SNB haben der Schweiz seit Jahrzehnten einen kaufkraftstabilen Franken beschert und tiefe Zinsen ermöglicht.

- Davon profitieren KMUs und grosse Unternehmen, weil sie günstig Kredite erhalten.
- Davon profitieren Mieter und Eigenheimbesitzer, weil Mieten und Hypothekarzinsen erschwinglich bleiben.
- Davon profitieren Rentner, weil die Kaufkraft ihrer Renten gesichert ist.
- Davon profitieren Anleger im In- und Ausland, da ihnen auf Franken lautende Wertpapiere zusätzliche Anlagemöglichkeiten und eine bessere Risikostreuung eröffnen.

Die KOSA-Initiative gefährdet dies: Wird die Gewinnausschüttung der SNB durch den Finanzbedarf der AHV und nicht durch die Geldpolitik und deren Ziel eines stabilen Preisniveaus bestimmt, so wächst die Gefahr, dass die Preise auf breiter Front steigen.

- Höhere Inflation bedeutet höhere Zinsen.
- Teure Kreditzinsen gefährden Arbeitsplätze,
- Teure Hypothekarzinsen führen zu hohen Mieten.
- Höhere Inflation entwertet Renten.

Wer die Preisstabilität aufs Spiel setzt, gefährdet Arbeitsplätze, Wohlstand und Renten. Darum lehnen die Banken die KOSA-Initiative ab.

### Was will die KOSA-Initiative?

Die vom Komitee sichere AHV (KOSA) am 9. Oktober 2002 eingereichte Initiative „Nationalbankgewinne für die AHV“ (KOSA-Initiative) verlangt:

*„Der Reingewinn der Nationalbank geht an den Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung. Vorbehalten bleibt ein Anteil der Kantone von einer Milliarde Franken jährlich; das Gesetz kann diesen Betrag der Preisentwicklung anpassen.“*

Der Bund ginge leer aus.

Über die Initiative werden Volk und Stände am 24. September 2006 abstimmen.

### Was geschieht heute mit den SNB-Gewinnen?

Die SNB schüttet ihre Gewinne heute zu einem Drittel an den Bund und zwei Dritteln an die Kantone aus.

Der effektive Ausschüttungsbetrag wird in einer Vereinbarung zwischen dem Eidg. Finanzdepartement und der SNB jeweils für fünf Jahre fixiert, so dass die Ausschüttungen möglichst stetig erfolgen (die jährlichen SNB-Gewinne variieren).

Nach jeweils fünf Jahren wird der vereinbarte Betrag an die effektive Gewinnentwicklung angepasst. Dabei werden die allenfalls unverteilter Gewinne vorangehender Jahre miteinbezogen. Dieses Verfahren stellt sicher, dass alle ausschüttbaren Gewinne der SNB tatsächlich auch ausgeschüttet werden.

## **Wie viel Gewinn kann die SNB langfristig ausschütten?**

Das ertragsrelevante Vermögen der SNB beträgt rund 85 Mrd. Franken. Davon investiert die SNB rund die Hälfte ertragsbringend. Die andere Hälfte – kurzfristige Forderungen aus den geldpolitischen Repogeschäften und Goldreserven – kann sie nur eingeschränkt bewirtschaften. Die investierten Anlagen werfen Zins- und Dividendenerträge ab. Sie unterliegen aber auch Marktpreisänderungen, woraus je nach Preisentwicklung Bewertungsgewinne bzw. Bewertungsverluste resultieren. Die SNB-Gewinne können deshalb von Jahr zu Jahr beträchtlich schwanken.

Die SNB veranschlagt das zukünftige Renditepotenzial ihres Vermögens auf durchschnittlich 2 bis 3% pro Jahr. Basierend auf diesen Renditeannahmen und dem ertragsrelevanten Vermögen von rund 85 Mrd. Franken, resultiert ein Ertragspotenzial von 1,7 bis 2,5 Mrd. Franken pro Jahr. Damit muss die SNB ihren Betriebsaufwand bestreiten (250 Mio.), sowie die gesetzlich geforderte Aufstockung der Rückstellungen für Währungsreserven (rund 1 Mrd.) vornehmen. Es verbleibt somit ein Ausschüttungspotenzial in der Grössenordnung von 1 Mrd. Franken (welches laut Initiative ganz an die Kantone ginge).

Als Währungsreserven werden jene Vermögenswerte der SNB bezeichnet, die für internationale Zahlungen verwendet werden können. Sie können in aussenwirtschaftlich schwierigen Situationen durch die SNB autonom eingesetzt werden, z.B. indem sie bei einer Währungskrise am Devisenmarkt interveniert und durch den Verkauf von Fremdwährungen den Franken stützt. Die Widerstandsfähigkeit unseres Finanzsystems gegen unvorhersehbare Schocks hängt massgeblich davon ab, ob die SNB jederzeit über genügend frei einsetzbare Währungsreserven verfügt.

Bundesverfassung und Gesetz verpflichten die SNB deshalb, aus ihren Erträgen ausreichende Währungsreserven zu bilden. Die entsprechende Befugnis liegt beim Bankrat der SNB. Gemäss der seit 1990 angewendeten Regel müssen die Rückstellungen der SNB im Durchschnitt gleich wie das nominelle Sozialprodukt wachsen.

## **Gewinnmaximierung zum Wohl der AHV?**

Die Initiative wurde mit dem Ziel lanciert, die Finanzierung der AHV zu sichern. In der Tat stellt die sich seit längerem abzeichnende demographische Entwicklung die AHV vor grosse finanzielle Herausforderungen. Aus der höheren Lebenserwartung sowie dem wachsenden Anteil der Rentner an der Gesamtbevölkerung bei gleichzeitig sinkender Gesamtbevölkerung resultiert ein finanzieller Mehrbedarf der AHV. Dieser wird von Experten bis ins Jahr 2025 auf etwa 4 Mehrwertsteuerprozentpunkte respektive 11 bis 14 Mrd. Franken pro Jahr geschätzt.

Selbst wenn das Renditepotenzial der SNB-Vermögen über den veranschlagten 2 bis 3% pro Jahr liegen sollte, könnte mit den Erträgen der SNB allein die AHV nicht gesichert werden. Immerhin ist nicht auszuschliessen, dass damit gleichwohl ein Beitrag geleistet werden könnte.

Genau da liegt aber die Gefahr: Wenn die SNB eine Milliarde an die AHV beisteuern könnte, wieso nicht auch zwei oder drei, zumal die AHV das Geld benötigen wird? Mit einer Annahme der Initiative stiege der politische Druck auf die SNB, mehr Gewinne zu generieren. Die SNB geriete in einen Zielkonflikt: Sie müsste weiterhin im Gesamtinteresse

des Landes handeln und dabei vorab Teuerung verhindern. Gleichzeitig erwartete die Politik zusätzliche Gewinnausschüttungen zur Finanzierung der AHV. Die Geld- und Währungspolitik wäre überfordert bzw. mit einer schweren Hypothek belastet.

## **Überhöhte Gewinnausschüttung gefährdet Stabilität des Frankens**

Höhere Gewinne könnte die SNB nur erzielen durch a) eine Vergrößerung ihrer Vermögen, was mit einer entsprechenden Ausdehnung der Geldmenge verbunden wäre und mittelfristig die Preisstabilität gefährdete, b) eine überhöhte Gewinnausschüttung zu Lasten ihrer Währungsreserven, wodurch sie ihre künftige Handlungsfreiheit einschränken und die Systemstabilität unterminieren würde, oder c) dadurch, dass sie höhere Risiken bei der Anlage ihrer Vermögen einginge (gewissermassen für die AHV spekulierte).

Zu befürchten wäre in allen Fällen eine schleichende Unterminierung des Vertrauens in die SNB und insbesondere in deren Primat der Geldwertstabilität, was für den Finanzplatz, aber auch die übrige Wirtschaft und die gesamte Bevölkerung negativ zu Buche schlagen würde.

## **Preisstabilität nicht aufs Spiel setzen!**

Die Schweiz schaut auf eine lange Tradition wirtschafts- und währungspolitischer Stabilität zurück: Geringe Teuerung, tiefe Zinssätze sowie die bedeutende Rolle des Frankens als Anlagewährung trugen und tragen wesentlich zu unserem Wohlstand bei. Dieser Wohlstand und sein künftiges Wachstum bilden eine wichtigste Voraussetzung bei der Sicherung der AHV.

Altersvorsorge und Geldpolitik sind gleichermaßen wichtig. Die Verfassung weist die eine Aufgabe dem Bund, die andere der SNB zu. Dies geschieht mit Bedacht: Durch die Trennung der Geldpolitik von der übrigen Politik wird sichergestellt, dass sich die SNB ganz auf ihren gesetzlichen Auftrag – die Sicherung der Geldwertstabilität – konzentrieren kann und nicht zur Erfüllung anderer Staatsausgaben herangezogen wird.

Die KOSA-Initiative „installiert“ einen Interessenkonflikt zwischen der Finanzierung der Altersrenten und der Geldpolitik. Der voraussehbare, sozialpolitisch motivierte Druck auf Ablieferung möglichst hoher SNB-Gewinne gefährdete die Geldwertstabilität. Damit würde direkt und indirekt auch das wirtschaftliche Wohlergehen der Rentner aufs Spiel gesetzt. Geldentwertung wirkt nicht nur allgemein wohlfahrtsmindernd und wachstumsschwächend. Inflation benachteiligt darüber hinaus insbesondere AHV-Bezüger, weil deren Renten nur zeitverzögert und unvollständig an die Teuerung angepasst werden.

## **Zinsbonus nicht in Frage stellen**

Mieter, Eigenheimbesitzer, KMU, Exportindustrie, die gesamte schweizerische Wirtschaft profitiert von den niedrigen schweizerischen Zinsen. Der tiefe Zinssatz widerspiegelt wesentlich die hohe Kaufkraftstabilität des Frankens. Der Franken und damit die Schweiz wird diesen Zinsbonus verlieren, sollte die Teuerung bei uns zunehmen. Ein Prozent mehr Teuerung bedeutete einen ähnlich hohen Anstieg der Nominalzinsen – z.B. 4% statt 3% Hypothekarzins!

## **Schweizer Finanzplatz benötigt stabiles Fundament**

Von der hohen und beständigen Qualität des Frankens profitieren nicht nur Schweizer Bürgerinnen und Bürger. Die langjährige Wertbeständigkeit unserer Währung bildet darüber

## •SwissBanking

hinaus die wichtigste Grundlage für das Vertrauen, welches der Schweizer Franken bei ausländischen Anlegern wie Emittenten besitzt. Der Franken geniesst weltweit bei Anlegern ein hohes Ansehen und wird deshalb von vielen zur Diversifikation ihrer Anlagen verwendet.

Für die Banken in der Schweiz bot und bietet der Franken einen wichtigen Standortvorteil. Dieser hat wesentlich dazu beigetragen, dass hierzulande Banken mit einem breiten Menü von Finanzdienstleistungen und hohem Know-how entstanden und sich behaupten konnten. Dass die Schweiz über den uns bekannten offenen, breiten und dynamischen Finanzmarkt verfügt, wäre ohne die Qualität unserer Währung kaum vorstellbar.

### **AHV sichern ja – kurzfristig handeln nein!**

Die AHV zählt zu den grossen Errungenschaften unseres Landes. Ihre Zukunft zu sichern ist wichtig und bedeutsam. Deshalb die Qualität unserer Währung aufs Spiel zu setzen wäre kurzfristig. Eine zukunftssichere AHV benötigt auch stabile Preise – braucht eine SNB, welche ihren gesetzlichen Auftrag ungehindert erfüllen kann.

**Deshalb lehnen die Banken die KOSA-Initiative ab.**